

Informationen des Stadtverbandes

2/2016

Werben um Lehrkräfte in Berlin

In einer bislang einmaligen Form haben der Magistrat und die GEW versucht, dem hohen Bedarf an Lehrkräften in Bremerhaven durch eine gemeinsame Informationsveranstaltung in Berlin Rechnung zu tragen. Diese Initiative macht deutlich, wie zugespitzt die Beteiligten die Lage an den Schulen der Stadt einschätzen. Nach Berechnungen des Schulamtes werden allein für die Geflüchteten und Zugewanderten in diesem Jahre 140 zusätzliche Stellen benötigt. Ebenso im Raum steht weiterhin und ergänzend die Forderung der GEW nach weiteren Lehrkräften zur Umsetzung der Inklusion. Leider entsprach die Resonanz auf die Berliner Veranstaltung nicht den Hoffnungen. So konnten nur wenige verbindliche Gespräche über einen Wechsel nach Bremerhaven geführt werden.

Dabei stimmten die Voraussetzungen zuversichtlich. Durch einen sogenannten „Doppeljahrgang“ beendeten einige Hundert Referendar*innen mehr in der Bundeshauptstadt ihre Ausbildung als Stellen in Berlin vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund nutzten wir das Zukunftsforum Lehrer*innenbildung auf Bundesebene, um eine in mehrfacher Hinsicht Erfolg versprechende Veranstaltung aufzulegen. Für die GEW Berlin bestand die Möglichkeit, ergänzende Berufsperspektiven aufzuzeigen, für die Kolleg*innen dort, diese sofort anzunehmen und für uns, in diesem Falle Schulamt und GEW Bremerhaven, die Situation an den Schulen durch neue Lehrkräfte zu verbessern.

Dabei schafften uns die Berliner Kolleg*innen gute Voraussetzungen. Aufmerksam gemacht wurde über die Veranstaltung seit November auf deren Homepage an prominenter Stelle, per newsletter wurden die mehr als 25.000 Mitglieder des Landesverbandes informiert, zweifach per mail alle Referendar*innen und ebenso Quereinsteiger*innen, für die es in Berlin besondere „castings“ gibt. Außerdem fand unser Termin in den Räumlichkeiten der GEW Berlin statt,

eine in diesen Kreisen bekannte und anerkannte Adresse.

Dennoch muss man in aller Klarheit feststellen: Wir haben eine harte Erfahrung hinter uns. Die geringe Teilnahme an der Veranstaltung zeigt, dass das Arbeiten in Bremerhaven offensichtlich keine Alternative für Menschen in der Hauptstadt darstellt. Nachteilig hat sich sicherlich ausgewirkt, dass insbesondere seit Weihnachten durch die Dynamik der Migration auch in Berlin Bedarfszahlen in Bewegung kommen. Damit werden bestimmte Zuversichten geweckt, im folgenden Sommer doch noch in Beschäftigung zu kommen und nur einige Monate überbrücken zu müssen. Unter diesen Voraussetzungen ist es noch schwerer, sich in einer echten Metropole zu behaupten.

Dennoch bleibt es richtig, neue Wege zu gehen. In diesem Zusammenhang war es einen ernsthaften Versuch wert, die beschriebene besondere Berliner Situation mit dem Doppeljahrgang für uns nutzen zu wollen. Es war auch angemessen, ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen – niemand hat bislang Erfahrungen mit einem derartigen „Format“ sammeln können. Und wir sehen es weiterhin als sachgerecht an, wenn Schuldezernent und Gewerkschaft gemeinsam Möglichkeiten zu nutzen versuchen, die Situation in Bremerhaven zu verbessern. Wenn aber die Außenwirkung der Seestadt, eine intensive Vorbereitung der Veranstaltung und spürbare Unterstützung einer etablierten Organisation vor Ort, namentlich der GEW Berlin, nicht ausreichen, müssen wir daraus Schlussfolgerungen ziehen und Strategien überprüfen.

In ersten Überlegungen kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

- Die Ausbildungszahlen für Referendar*innen in Bremerhaven müssen erhöht werden. Durch den direkten Bezug zu Stadt und Schulen erhöht sich die „Haltekraft“.

- Ebenso zu erhöhen ist die Zahl der Praktikant*innen von der Universität Bremen und anderer Universitäten. Die frühzeitige Kontaktaufnahme zum Bildungssystem in der Stadt steigert die Zahl potenzieller Bewerber*innen.
- Bremerhaven benötigt eine umfassende Qualifizierungsoffensive. Diese bezieht sich auf:
 - Lehrkräfte, die ausgebildet sind, sich aber für bestimmte Fächer weiterqualifizieren;
 - Personen, die ein Hochschulstudium absolviert haben und gezielt pädagogische Kompetenzen erwerben;
 - ausländische Kolleg*innen mit ungeklärtem Abschluss; hier muss das Verfahren beschleunigt werden;
 - sowie auf Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen
- Die Werbemaßnahmen, die das Schulamt bislang unternommen hat, sind unbedingt fortzusetzen – insbesondere in den Gebieten, mit denen Bremerhaven konkurrieren kann.

Alles in allem zeigt sich jedoch die Notwendigkeit eines umfassenden Personalentwicklungskonzepts. Wir erneuern in diesem Zusammenhang unseren Vorschlag („7 Schritte zu einem Personalentwicklungskonzept“) vom Februar des vergangenen Jahres.

Dabei gibt es erste Erfolge:

- In den vergangenen Jahren absolvierten 40 Kolleg*innen das Weiterbildungsstudium in Sonderpädagogik erfolgreich. Derartige Maßnahmen müssen fortgesetzt werden, ein Bedarf ist weiterhin vorhanden;
- am 1. Februar traten 39* neue Referendar*innen ihren Vorbereitungsdienst an.

Gemessen an den in der Kapazitätsverordnung zugestandenen 33 Stellen ist dies eine Quote von 118,2 %. So muss es zum nächsten Einstellungstermin am 1.8.2016 weitergehen;

- die Stadtverordnetenversammlung beschloss in der vergangenen Woche, dass Grundschulkindern ab 1. Mai freier Eintritt in verschiedenen Einrichtungen haben (Zoo, Museum, Bäder, Eisarena). Dies ist ein richtiger Schritt zu mehr kultureller Teilhabe, der auf alle Schüler*innen ausgedehnt werden sollte.

Wir erinnern ergänzend an die Verantwortung des Landes: Die Ausbildungsplätze an den Universitäten und in der zweiten Phase reichen nicht aus. Die Politik der vergangenen Jahre, welche die Berufe im sozialen und pädagogischen Bereich abwertete, rächt sich derzeit in aller Deutlichkeit. Eine Umkehr ist erforderlich. Die GEW wird weiterhin im politischen Raum für eine verbesserte Ausstattung der Schulen kämpfen. Gemeinsame Vorstöße mit der Verwaltung sollten dabei nicht einmalig bleiben.

Schon ´mal vormerken:

Mi., 17. Februar, 8 Uhr,
Aula SZ Geschwister-Scholl
 Personalversammlung des nichtunterrichtenden Personals

Mi., 17. Februar, 16 Uhr
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
 BG-Sprecher*innen-Versammlung

Mi., 2. März, 8 Uhr
Aula SZ Geschwister-Scholl
 Personalversammlung des unterrichtenden Personals

Mi., 9. März,
Personalratswahlen